

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

24.10.1929 (No. 248)

Inzwischen machen sich aber im deutschvolksparteilichen Lager auch Stimmen bemerkbar, die von Experimenten à la Kardorff — wenigstens für den Augenblick — abraten. Es ist vor allem der Reichstagsabgeordnete Dr. Cremer, eine der prominenten Persönlichkeiten der Volkspartei, der sich zum Wortführer dieser Anschauung gemacht hat. Er meint, daß Annäherungsversuche von der Deutschen Volkspartei her die Entwicklung in der Deutschnationalen Volkspartei nicht beschleunigen werden, sondern sie nur aufhalten könnten, daß aber von einer Änderung der Koalitionsverhältnisse überhaupt nur dann gesprochen werden dürfe, wenn eine Deutschnationale Partei vorhanden sei, die ein anderes Gesicht trägt als das des Herrn Eugenberg, und bereit ist, die Rolle einer konservativen Partei auf dem Boden der Republik zu spielen. Jedenfalls befürchtet Cremer, daß der Ruf nach einer „neuen, großen, bürgerlichen Partei der Mitte“ im gegenwärtigen Augenblick leichter in eine Staatskrise hineinmühe als aus ihr heraus. „Stille Vorbereitung“ sei es, welche man dem großen Gedanken des Zusammenschlusses der „bürgerlichen Gruppen der Mitte“ angedeihen lassen müsse.

Das klingt wesentlich anders als das, was Herr von Kardorff zu sagen wußte. Und bisher haben die nach rechts, in die Arme der Deutschnationalen Volkspartei drängenden Tendenzen praktisch jedenfalls noch keine Tatsache von Gewicht geschaffen. Im Preussischen Landtag hat gestern die deutschvolksparteiliche Fraktion bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen Stimmhaltung gezeigt und damit einen glänzenden, parlamentarischen Sieg der preussischen Regierung mit herbeigeführt.

Die Haltung sämtlicher Parteien wird ja durch die Entwicklung unserer Wirtschaftspolitik und im Zusammenhang damit durch die Frage der Reichsfinanzreform und die der Sanierung der Reichsfinanzen sehr wesentlich bestimmt werden. Die Reichsfinanzen müssen in Ordnung gebracht werden, und die Länder und Gemeinden müssen die Mittel behalten bzw. erhalten, die notwendig sind, damit sie ihren Aufgaben genügen. Mindestens ebenso wichtig aber ist auch die Entlastung der Wirtschaft von den zu hohen Steuern usw. Wenn sich neuerdings wieder gezeigt hat, daß die vorveranschlagten direkten Steuern ein Mindererträgnis brachten, dann wird jeder verständige Wirtschafts- und Steuerpolitiker sich sagen müssen, daß sich aus einer Wirtschaft, die sich teils im Zustand der Krise befindet, teils mit einem überaus erschwerenden Geschäftsgang zu rechnen hat, große Steuern eben nicht herauszuholen lassen. Billigere Produktion zwingt billigere Preise, billigere Preise zeitigen größeren Absatz im Inlande und im Auslande, größerer Absatz zeitigt höhere Gewinne, höhere Gewinne zeitigen Vergrößerung des Betriebes und höhere Steuerzahlungen, und Vergrößerungen des Betriebes lassen allmählich das Heer der Arbeitslosen verschwinden!

Hoover über die Abrüstung

W.D. Louisville (Kentucky), 24. Okt. In einer gestern abend hier gehaltenen Rede erklärte Präsident Hoover, eines der größten Ziele seiner Regierungstätigkeit sei der Ausbau der amerikanischen Flüsse und Seen zu einem zusammenhängenden Wasserstraßennetz. Dieses Programm würde einen Mehraufwand von jährlich 20 Millionen Dollars erfordern, was die Hälfte der Kosten für ein Kriegsschiff bedeuten würde. Wenn Amerika auf Grund der bevorstehenden Flottenkonferenz an den jährlichen Ausgaben für Schiffbauten sparen könnte, so wäre das die schönste Verwandelung der Schwestern in Flugscharen, die sich denken lasse.

Italiensfeindliche Demonstration in Prag

W.D. Prag, 24. Okt. (Tel.) Gestern fand in Prag eine Protestversammlung tschechischer Studenten gegen die Hinrichtung Cortans und die Unterdrückung der Slowenen in Italien statt. In der Versammlung sprachen auch tschechische, slowakische, russische und bulgarische Redner. Die Verlesung einer Resolution wurde von der Polizei verboten. Nach der Versammlung zogen die Demonstranten auf den Wenzelsplatz und brachen in Pfuirufe auf Italien und den Faschismus aus.

Die Eintragungen für das Volksbegehren in Groß-Berlin belaufen sich bis jetzt auf 132 252.

Was bringt das 1. Badische Brucknerfest in Karlsruhe?

Unter Leitung bekannter und hervorragender Dirigenten werden vom Mittwoch, dem 6. November, bis einschließlich Sonntag, dem 10. November, die ausserordentlich kirchenmusikalischen Werke und Sinfonien Anton Bruckners in Karlsruhe als 1. Badisches Brucknerfest aufgeführt. Bruckner-Verehrer und Musikfreunde wird es interessieren, was der Stuttgarter Musikchriftsteller Dr. Karl Grunsky während des Einführungsabends am 6. November im Bürgercafé des Rathauses in seinem Vortrag „Bruckner als Sinfoniker“ berichten wird. Auch die anschließenden Vorführungen der V. Sinfonie an zwei Abenden durch Dr. Karl Grunsky und Georg Mantel von der Badischen Hochschule für Musik wird ohne Zweifel in dieser neuartigen Interpretation Beachtung finden. In erstmalig großer Aufmachung und unter Mitwirkung der Vereinigten Orchester des Badischen Landesheaters Karlsruhe und des Freiburger Stadttheaters sowie der Karlsruher Chorvereinigung und des Badischen Kammerchores kommen sodann an den folgenden Tagen die schönsten A-cappella-Chöre von Bruckner, die 1., 5. und 8. Sinfonie und die „Große F-Moll-Messe“ zur Aufführung, daneben, als Bruckner verwandtes Werk, Franz Philipps „Friedensmesse“. Am Donnerstag, dem 7. November, findet in der St. Stephans-Kirche unter Leitung von Direktor Franz Philipp eine kirchenmusikalische Anbahnung statt, die ein Vorspiel mit Fuge in C-Moll für Orgel, ergänzt und bearbeitet von Franz Philipp, mehrere A-cappella-Chöre und das Streichquintett in F-Dur umfasst, somit eine vortreffliche Auswahl kirchenmusikalischer Schöpfungen Bruckners aufweist. Als Veranstaltung des Badischen Landesheaters Karlsruhe und des Stadttheaters Freiburg führen am Freitag, dem 8. November, im großen Saale der Festhalle die vereinigten Orchester dieser beiden Theater unter

Krise in der bayerischen Koalition Eine Warnung des Ministerpräsidenten

In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in Regensburg hielt Ministerpräsident Dr. Held eine Rede, in der er ausführlich zu aktuellen Fragen der Politik und Wirtschaft Stellung nahm.

Dr. Held wies darauf hin, daß nur die Politik der Einigung und der gegenseitigen Unterstützung das deutsche Volk über seine Wirtschaftskrisis hinwegführen könne. Dr. Held kam dann auf die Pariser Sachverständigenkonferenz und den Youngplan zu sprechen und sagte seine Ausführungen dahin zusammen, bei einem Überblick über die Gesamtlage verdiene der Youngplan den Vorzug vor dem Dawesplan.

Zum Volksbegehren erklärte Dr. Held, daß sich aus der Entwicklung der Dinge für die Innenpolitik und die Koalition in Bayern Verhältnisse ergäben, die unter Umständen auch zu Weiterungen führen könnten. Es sei nicht etwas alltägliches, daß eine Koalitionspartei mit den Nationalsozialisten nicht nur das Volksbegehren durchzuführen wolle, sondern daß sie die bayerische Staatsregierung mit vor diesen Fragen spannen möchte. Wenn man der Bayerischen Volkspartei unüberwindliche Schwierigkeiten mache, so habe man sich nicht überlegt, ob sie sich nicht zur Erklärung gezwungen sehen könnte: Ich bin am Ende meiner Verantwortung; jetzt probiert Ihr einmal eine Gruppenbildung. Für das, was sich aus diesen Verhältnissen für den Kampf um Bayerns Staatlichkeit entwickeln könne, lehne er schon heute die Verantwortung ab.

Reichsminister Dr. Wirth über das Volksbegehren

In einer öffentlichen Versammlung der Zentrumspartei in Heidelberg sprach am Mittwochabend Reichsminister Dr. Wirth. Eingangs seiner Rede wies er auf die Pflege des Reichsgedankens hin. Der Redner behandelte dann die Verhältnisse in Österreich, die Gegensätze zwischen dem bewaffneten Sozialismus und dem bewaffneten Bürgertum ausgleichend. Zum Volksbegehren erklärte der Redner, das Volksbegehren sei in der Unabgeschlossenheit der Youngplanentwicklung eine Sinnlosigkeit. Jeder Deutsche, so führte der Minister weiter aus, habe das Recht und die Pflicht, den Youngplan zu kritisieren. Von irgendeiner Begeisterung für den Youngplan kann gar keine Rede sein. Er bedeutet eine schwere Last und wird immer als drückend empfunden werden. Der Youngplan sei eine Folge des verlorenen Krieges. Wir seien auch mit dem Youngplan noch nicht über dem Berge, erst recht nicht nach dem gestrigen Sturz des Kabinetts Brand. Es müsse auch gesagt werden, daß die Arbeiten der Haager Konferenz noch nicht zu Ende sind. Die Verhandlungen in den verschiedenen Kommissionen dauern noch an. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird für unsere Entscheidung von großer Bedeutung sein. Die Eugenbergsche Politik läßt die Entscheidung nicht heranreifen. Sie nimmt sie gleichsam demagogisch vorweg und endet damit in der Sackgasse, aus der es keinen Ausweg mehr gibt.

Die Spanienreise des „Graf Zeppelin“

W.D. Madrid, 23. Okt. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog gestern nachmittag Barcelona. Zwischen dem Kommandanten des Luftschiffes, Dr. Eckener, und dem Bürgermeister von Barcelona wurden Begrüßungsbotschaften ausgetauscht. 450 Mann standen auf dem Flugfeld bereit für den Fall einer etwa notwendigen Landung. Das Luftschiff überflog darauf Valencia und zog zwei Schleifen über der Stadt. Die Einwohner begrüßten es durch Händelklatschen und Winken. „Graf Zeppelin“ setzte dann seine Fahrt in Richtung Sevilla fort, wo der Flugplatz Tabada hell erleuchtet war.

W.D. Basel, 24. Okt. (Tel.) Um 11.20 Uhr überflog das Luftschiff „Graf Zeppelin“ auf der Rückkehr von seiner Spanienfahrt, vom Elsas kommend, Basel und nahm Richtung Rheinaufwärts, dem Heimathafen entgegen.

Im Preussischen Landtag wurde am Mittwoch der deutsch-nationale Mißtrauensantrag gegen das Gesamtministerium mit 218 gegen 144 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei und Deutsche Fraktion abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Ein deutschnationaler Antrag, der das Staatsministerium ersuchte, im Reichsrat gegen den Youngplan zu stimmen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso ein deutschnationaler Antrag auf Gewährleistung des Rechts der Beamten auf Eintragung beim Volksbegehren mit 241 gegen 160 Stimmen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Über Südböhmen entwickelt sich infolge örtlicher Erregung der Temperaturgegensätze ein Randwirbel des großen nordwestlichen Zyklonen Systems, der auch unser Gebiet durch seinen nordöstlichen Kurs in Mitleidenhaft ziehen wird. Wetterausblick: Stark aufwindende, in der Höhe fürmische Südwesterwinde, Bewölkungszunahme und trichweilige Regen, aber noch anhaltend mild.

Leitung von Kapellmeister Hugo Balzer, dem neuen Dirigenten des Freiburger Orchesters, ein erstes Sinfoniekonzert auf, in dem die 1. Sinfonie in C-Moll und die 5. Sinfonie in B-Dur wiedergegeben werden.

Nach den Vorbereitungen des Badischen Brucknerbundes und der Internationalen Brucknergesellschaft sowie der Mitgliederversammlung des badischen Brucknerbundes am Samstagvormittag werden, ebenfalls als Veranstaltung des Badischen Landesheaters und des Stadttheaters Freiburg, im großen Saale der Festhalle unter Leitung des Generalmusikdirektors Josef Krips und Hochschuldirektors Franz Philipps als zweites Sinfoniekonzert die 8. Sinfonie Bruckners und hierauf Franz Philipps „Friedensmesse“ (Sinfonie mit Chören) zum Vortrag gebracht. Schließlich bringt der Sonntag, dem 10. November, unter Leitung von Kapellmeister Dr. Heinz Knoll (Karlsruhe) die feierliche Aufführung der Großen Messe in F-Moll, bei der sämtliche Orchester und Chöre sowie bedeutende Solisten, Karlsruher und auswärtige Sängerrinnen und Sängern mitwirken.

Während der Bruckner-Woche, und zwar vom 5. bis 12. November, wird in den Räumen der Badischen Hochschule für Musik eine sehenswerte Ausstellung von Originalmanuskripten, Werken und Erinnerungen Anton Bruckners gezeigt, wie sie in dieser Ausdehnung und in diesem Umfang in Deutschland noch nicht ermöglicht worden war.

Man darf überzeugt sein, daß die weit über die Grenzen des badischen Landes hinaus bekannten, an leitender Stelle mitwirkenden Musiker mit ihren Orchestern und Chören die Brucknerschen unterirdischen Werke vachend und vortrefflich wiedergeben und so das 1. Badische Brucknerfest für alle Besucher zu einem unvergleichlich schönen und musikalisch unvergesslichen Genuß gestalten werden.

Näheres über Eintrittspreise siehe die Anzeige in der heutigen Ausgabe unseres Blattes.

Die Skandalaffären Die Skarets im Gefängnis

Wegen der Durchstechereien in den Jellen der Gebr. Skarek in Berlin-Moabit hat Rechtsanwalt Dr. Funge vor der Anwaltskammer eine Erklärung abgegeben, in der er im wesentlichen die ihm gemachten Vorwürfe bekräftigt. Er gibt zu, den Skareks Lebensmittel gebracht zu haben, bestritt aber, sie mit Spirituosen versorgt zu haben. Es sei ihm nicht bekannt gewesen, daß er als Strafverleider nicht seinen Klienten derartige Gebrauchsgüter habe geben dürfen. Ferner ist es Leo Skarek in der Untersuchungshaft gelungen, sich einen Füllfederhalter zu beschaffen. Es besteht der Verdacht, daß Leo Skarek im Untersuchungsgefängnis gewisse Beweismittel angefertigt hat, die in die Affäre verwickelte Personen entlasten sollten. Sobald die Untersuchungen über diese Tatsachen abgeschlossen werden, wird man mit einer überraschenden Wendung der Angelegenheit rechnen müssen.

Die Breslauer Bestechungen

Aber den Aufsehen erregenden Breslauer Korruptionsaffären und über die Art der Vergütung städtischer Arbeiten an die Firma Wirtz melden die Blätter noch folgende Einzelheiten: Teils kamen freihändige Aufträge in Frage, teils Aufträge im Submissionsverfahren und teils Aufträge auf Grund eines Kostenschlages. Im Submissionsverfahren war zwischen der Firma Wirtz und den Beamten der Bauämter im allgemeinen folgende Praxis üblich: Die Firma wußte stets sehr genau, wie niedrig das Angebot im Einzelfalle sein mußte, damit ihr der Zuschlag erteilt wurde. Mit diesem Angebot konnte sie natürlich nichts verdienen. Daher ging sie darauf aus, nach Erhebung des Zuschlages und nach dem Beginn der Arbeiten den Auftrag im Einvernehmen mit den ihr befreundeten Beamten entsprechend zu erweitern.

So betrug z. B. der Submissionsbetrag bei den Arbeiten im Elisabeth-Gymnasium 4500 RM. Der endgültige Rechnungsbetrag erreichte jedoch eine Höhe von 18 000 RM, da Wirtz auch alle Nebenarbeiten an sich gebracht hatte. Bei einer Volksschule belief sich die Submissionssumme auf 5000 RM, der Rechnungsbetrag dagegen erreichte 12 000 RM. Bei einer anderen Volksschule war der Submissionsbetrag mit 6000 RM angegeben, der Rechnungsbetrag belief sich auf 13 000 bis 14 000 RM. Dazu kam, daß mitunter — z. B. bei den Schulen in der Rosen- und Matthiasstraße — die Arbeiten auf Grund privater Vereinbarungen schon längst in Angriff genommen waren und erst später Kostenschläge gemacht wurden, die natürlich nicht niedrig ausfielen. Gegen Wirtz sind nicht weniger als sechs Strafanzeigen erstattet, u. a. wegen Konkursbetrages usw.

Eine Spur von dem flüchtigen Notar Aron?

W.D. Berlin, 24. Okt. (Tel.) Die Vorbereitung der Lichtbilder und der Personalbeschreibung des flüchtigen Notars Aron und seiner Frau hat, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, gestern zu einer ersten Spur geführt. Es traf die Nachricht ein, daß Aron und seine Frau im Zuge Prag—Lundenburg—Wien gesehen worden seien. Von Berlin und Prag aus wurden Wien und andere Stationen sofort benachrichtigt.

Aus der Landeshauptstadt Die letzte Woche der Bauausstellung im Dammertod

Starker Besuch aus Württemberg. — Wohnungsvermittlung nur an Familien in geordneten Verhältnissen. Die große Karlsruhe' Bau- und Wohnungsausstellung nähert sich ihrem Ende. Am nächsten Sonntag ist der letzte Ausstellungstag, nach den bisherigen Erfahrungen wird er einen Massenbesuch bringen. Diejenigen, welche die Ausstellung noch besuchen und eingehend studieren wollen, tun gut daran, diese auf einen Werktag zu verlegen, wenn ihnen ihre Zeit dies erlaubt. In den letzten Tagen sind weitere Zimmer mit Möbeln älterer Gebrauchsform eingerichtet worden, um zu zeigen, daß die Wölbung nicht nur mit dem bisher ausgefüllten Gaubrat möglich ist.

Auffallend ist der zahlreiche Besuch der Siedlung aus Württemberg und da besonders aus der schwäbischen Hauptstadt. Die dortige Bauweise und Kunstgewerkschaft haben unter Führung ihrer Lehrer die Häuser und die Ausstattungen eingehend besichtigt. Sehr stark ist auch der Besuch aus dem Kreise der hiesigen Schulen. Unter der Karlsruhe' Bevölkerung scheint häufig über die künftigen Mieter der Dammertodsiedlung Unklarheit zu herrschen. Viele meinen, sie sei für unliebame Mieter, oder, wie man sie heute schamhafter Weise zu bezeichnen pflegt, für soziale Mieter, bestimmt. Es ist nicht zu verfehlen, wie eine solche schlechte Auffassung Platz greifen konnte. Galt man denn die drei Baubereinigungen, welche die Siedlung errichtet haben, für so töricht, daß sie diese Wohnungen in schönster landschaftlicher Umgebung an Personen abgeben könnten, von denen man im voraus annehmen muß, daß sie die gemieteten Räume weder pfleglich behandeln, noch begahnen werden oder wollen. Das gerade Gegenteil trifft zu. Nur Familien in geordneten Verhältnissen und mit pünktlicher Haushaltsführung kommen in die neuen Wohnungen herein; es wird hier zwingend eine Auswahl getroffen. Trotz dieser Beschränkung sind selbstverständlich Familien aus allen Gesellschafts- und Berufsgruppen, wie es in Siedlungen üblich ist, willkommen, sofern sie die oben genannten Voraussetzungen erfüllen.

Die Mieter der neuen Wohnungen müssen natürlich so angelegt werden, daß die laufenden Aufwendungen für Zins, Abschreibung und Betriebskosten getragen werden. Abgesehen von den Sonderfällen einiger größerer Wohnungen in Einfamilienhäusern, bewegen sich die Mieten monatlich zwischen etwa 60 und 100 RM, die der Vier- und Fünfschloßwohnungen in den Mehrfamilienhäusern schwankt dabei ungefähr zwischen 65 und 85 RM, während die Einfamilienhäuser entsprechend dem Mehraufwand für Gelände und Hausbau 20 Proz. teurer sind. Von diesen Mieten fallen anteilig rund 8 RM auf die oben erwähnte Sonderausstattung der Wohnungen. Um sie mit den Mieten anderer Wohnungen ohne eingerichteten Bad usw. vergleichen zu können, müßte man daher noch diesen Betrag an der Miete absetzen.

Heute, Donnerstag, vormittag, 10 Uhr, trafen die Mitglieder der technischen und hauptpolizeilichen Kommission des Stuttgarter Gemeinrats zur Besichtigung der Ausstellung unter Führung des Bürgermeisters Dr. Sieglach, hier ein. Die Herren, 24 an der Zahl, wurden auf dem Ausstellungsgelände von Bürgermeister Schneider mit einer kurzen Ansprache empfangen, worauf der Rundgang stattfand. Später begaben sich die Stuttgarter Gäste nach Rappenswörth zur Besichtigung der dortigen Strandbadanlage; daran anschließend erfolgte ein Besuch des Karlsruhe' Rheinhafens.

Bei der Landtagswahl in Karlsruhe findet diesmal eine getrennte Abstimmung nach Geschlechtern statt. Die Männer erhalten einen Briefumschlag mit dem Aufdruck „Männer“, während auf den Briefumschlägen für die Frauen nichts vermerkt ist. Die Wahlhandlung selbst dauert von 8—6 Uhr.